Bund Deutscher Kriminalbeamter

Tarifverhandlung für den öffentlichen Dienst der Länder

22.11.2021

Das Verhalten der Arbeitgeber führte zum Scheitern der zweiten Runde, was zu einem Aufruf zur Demonstration für den 25.11.21 in Düsseldorf führte. Die Entwicklung der Corona Zahlen veranlasst den BDK NRW allerdings, einen Aufruf zur Demo nicht zu unterstützen.

Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder 2021

Geplante Demonstration Donnerstag, 25.11.21, 13:00h in Düsseldorf

Aufgrund der aktuell rasant steigenden Corona Zahlen hat sich der BDK NRW entschlossen, einen Aufruf zur Demonstration nicht zu unterstützen.

Mit Rücksicht auf die Gesundheit der Beschäftigten, deren Angehörigen und weiterer Kontaktpersonen kann der BDK NRW seinen Mitgliedern nicht ruhigen Gewissens empfehlen, an einer geplanten Massenveranstaltung teilzunehmen.

Wir haben uns diese Entscheidung nicht leichtgemacht, denn auch die zweite Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder geht ohne Angebot der Arbeitsgeberseite zu Ende.

Beharrlich halten die Arbeitgeber an ihren Forderungen hinsichtlich des Arbeitsvorganges fest und sind darüber hinaus nicht bereit, über eine Erhöhung der Tabellenentgelte, eine Corona-Zulage oder eine stufengleiche Höhergruppierung zu verhandeln.

Das respektlose Verhalten ist ein Schlag ins Gesicht für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Beamtinnen und Beamte, die in den letzten beiden Jahren unter den schwierigen Bedingungen der Corona-Pandemie mit vollem Einsatz und zuverlässig ihren Dienst versehen haben. Es zeigt sehr deutlich, wie wenig Wertschätzung und Achtung sie ihren Landesbediensteten entgegenbringt.

Aus diesem Grund hatte auch der BDK NRW, durch die tarifpolitische Sprecherin Christel Fein, umfangreiche Vorbereitungen für die geplante Demonstration, am Donnerstag, 25.11.21 getroffen.

Der BDK NRW fordert Ministerpräsident Hendrik Wüst auf, seinen politischen Einfluss auf die TdL zu nutzen. Wüst muss jetzt dafür eintreten, die Blockadehaltung der Arbeitgeber zu beenden. In der aktuellen Situation, auch mit Blick auf die Gesundheit der Beschäftigten, ist ein verantwortungsvolles und schnelles Ende der Tarifverhandlungen dringend notwendig.

Schlagwörter
Nordrhein-Westfalen
diesen Inhalt herunterladen: PDF